



BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
SEPP DÜRR  
Bündnis 90/Die Grünen  
Politik, Forschung, Kultur

Dr. Sepp Dürr • Dorfstraße 8 • 82110 Germering

An die Präsidentin  
des Bayerischen Landtags  
Maximilianeum  
81627 München

Maximilianeum  
81627 München  
Telefon (089) 41 26-27 33  
Telefax (089) 41 26-14 94  
[sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de)

Dorfstraße 8  
82110 Germering  
Telefon (089) 84 05 82 22  
Telefax (089) 84 05 82 24  
[www.sepp-duerr.de](http://www.sepp-duerr.de)  
[info@sepp-duerr.de](mailto:info@sepp-duerr.de)

9. Januar 2012

**Schriftliche Anfrage**  
des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr, Bündnis 90/Die Grünen

**Gemeinsam und entschlossen gegen Rechtsextremismus in Bayern**

Nachdem Erfahrungen an vielen Orten in Bayern wie Gräfenberg und Wunsiedel lehren, dass der einzige erfolgreiche Weg, den von Rechtsextremen erhobenen Machtanspruch zu brechen, darin besteht, dass sich Demokraten aller Parteien, Gruppierungen und verschiedenster Initiativen gemeinsam auf der Straße wie im öffentlichen Raum generell in den Weg stellen, diesen also nicht unsere Städte und Dörfer überlassen, und sich neben zivilgesellschaftlichen Initiativen auch Bürgermeister, Stadträte, Landräte und Abgeordnete aus der Region gegen Rechtsextreme und ihre Aktivitäten stellen, frage ich die Staatsregierung:

1. Mit welchen Maßnahmen will die Staatsregierung zivilgesellschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus stärker würdigen und fördern als bisher?
  - 1.1. Wird die Staatsregierung darauf hinwirken, dass die sogenannte „Extremismus-Klausel“ abgeschafft wird, die nach Auffassung vieler Demokraten engagierte Initiativen unter einen generellen diskriminierenden Extremismus-Verdacht stellt und das zivilgesellschaftliche Engagement spaltet und schwächt?
  - 1.2. Wird die Staatsregierung endlich die vorbildliche Arbeit des Vereins a.i.d.a. (Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.) würdigen und fördern, statt sie zu behindern?
2. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung darüber, ob die von ihr von zivilgesellschaftlichen Organisationen geforderte Einstellung der Zusammenarbeit mit a.i.d.a. diese Initiativen gegen Rechtsextremismus um eine unverzichtbare Informationsquelle über die rechte Szene beraubt und so im Kampf gegen neonazistische Umtriebe schwächt?
  - 2.1. Wird die Staatsregierung Erkenntnisse zivilgesellschaftlicher Initiativen wie a.i.d.a. sowie engagierter JournalistInnen künftig besser würdigen und in die Analyse rechtsextremer Bedrohungen einbeziehen?
  - 2.2. Wie beurteilt die Staatsregierung die Aussage des Journalisten „Thomas Kuban“ (SZ 19.11.11), „gegenwärtig könnten womöglich fünf bis zehn Fachjournalisten mehr zu einem NPD-Verbot beitragen als sämtliche V-Leute des Verfassungsschutzes zusammen“?
3. Wie will die Staatsregierung Bürgerinnen und Bürger schützen und unterstützen, die wegen ihres Engagements gegen Rechtsextremismus anonymen Drohungen ausgesetzt oder physisch oder materiell geschädigt worden sind?

- 3.1. Wie wird die Staatsregierung beispielsweise den Vorsitzenden der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg und langjährigen Sprecher des Bürgerforums Gräfenberg schützen und unterstützen, der am 30.12.11 Opfer eines vermutlich rechtsextremen Anschlags wurde (nach Polizeiangaben haben die Täter sämtliche Scheiben seines Wagens eingeschlagen und alle vier Reifen zerstochen. Außerdem verstopften die Unbekannten die Türschlösser mit Bauschaum. In den Briefkasten seiner Wohnung gossen die Vandalen eine übelriechende Flüssigkeit)?
- 3.2. Wie beurteilt die Staatsregierung die Kommentierung dieses Anschlags auf der Internetseite des rechtsextremen „Freien Netzes Süd“ unter der Überschrift „Kristallnacht für Anti-Rechts-Sprecher“?
4. Sind der Staatsregierung noch andere Beispiele bekannt, bei denen es seit 2009, als erstmals eine Reihe von rechtsextremen Drohungen bekannt wurden, Übergriffe auf Personen aus dem zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Rechtsextreme bzw. ihr Eigentum gab?
  - 4.1. Sieht die Staatsregierung einen Zusammenhang des Anschlags, bei dem im November 2011 in Fürth ein Auto in Brand gesteckt wurde, dessen Besitzer „bereits mehrfach von Mitgliedern der rechten Szene als Antifaschist aufgeführt und bedroht worden“ sei (dpa 28.11.11), mit dem Anschlag am 30.12.11 auf das Eigentum des Vorsitzenden der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg und langjährigen Sprechers des Bürgerforums Gräfenberg?
5. Teilt die Staatsregierung die Auffassung, dass politische Neutralität darin besteht, aktiv für unsere Demokratie einzutreten?
  - 5.1. Mit welchen Maßnahmen will die Staatsregierung beispielsweise sicherstellen, dass öffentliche Räume, Schulen etc. nicht zu vermeintlich „politikfreien Räumen“ erklärt und demokratische Parteien in ihrem Verfassungsauftrag, zur politischen Willensbildung beizutragen, eingeschränkt werden, nur weil ein generelles Verbot für alle Parteiaktivitäten vermeintlich das einfachste Mittel ist, rechtsextreme Aktivitäten zu verhindern?
  - 5.2. Mit welchen Maßnahmen will die Staatsregierung beispielsweise sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich Neonazis entgegenstellen, nicht in der medialen Berichterstattung bzw. Verlautbarungen der Polizei automatisch als „links“ eingestuft werden (etwa durch einen oberfränkischen Parteisprecher, der im B-3 am 12.12.11 erklärte, bei Neonazi-Aufmärschen versuche die Polizei „eine Auseinandersetzung Rechts-Links zu vermeiden“), sondern in ihrem demokratischen Engagement gewürdigt werden?
6. Gibt die Staatsregierung den bayerischen Behörden, Kommunen, Schulen und Vereinen Handreichungen, Hinweise, Leitfäden etc., wie sie sich mit rechtsextremen Aktivitäten und Äußerungen, beispielsweise rechtsextremen Flugblatt-Aktionen vor Schulen oder in Stadtvierteln, Hakenkreuz-Schmierereien, rassistischen Witzen und Beschimpfungen im öffentlichen Raum bzw. im schulischen Umfeld auseinandersetzen sollen?
  - 6.1. Sind beispielsweise staatliche Behörden, Schulen etc. verpflichtet, rechtsextreme Flugblatt-Aktionen oder Hakenkreuz-Schmierereien der Polizei zu melden?
7. Welche demokratischen und rechtsstaatlichen Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, rechtlich zulässigen rechtsextremen Aktivitäten in öffentlichen Einrichtungen und im öffentlichen Raum entgegenzutreten, wenn Verbote nicht möglich sind?
  - 7.1. Teilt die Staatsregierung beispielsweise die Auffassung des Präsidenten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, der sich weigert, auf der Internetseite der Universität unter der Rubrik „Von Studierenden für Studierende“ den Link zur Erlanger Burschenschaft Frankonia, die seit Jahren wegen ihrer Nähe zu rechtsextremen Organisationen in der Kritik steht, zu löschen – und zwar mit dem Argument, „die Universität ist keine Maulkorbbehörde“ (NN 3.11.11)?

- 7.2. Teilt die Staatsregierung beispielsweise die Auffassung, dass die Stadt Lauf nicht gegen das Auslegen von deutsch-nationalen Zeitungen und Zeitschriften in der Buchhandlung im Bahnhofsgebäude rechts der Pegnitz vorgehen könne, weil – wie der Sprecher des bayerischen Städtetags laut Nürnberger Nachrichten vom 10.12.11 erklärte – Städte und Gemeinden keine „Zensurbehörden“ seien und der „juristische Instrumentenkoffer“ fehle?
8. Wird sich die Staatsregierung und namentlich der Bayerische Innenminister stellvertretend für frühere Verlautbarungen der bayerischen Ermittlungsbehörden und der Staatsregierung bei den Angehörigen der fünf bayerischen Todesopfer der rechtsextremen Terrorgruppe („Zwickauer Terrorzelle“), also für die jahrelange Vorverurteilung, Diskriminierung und Kriminalisierung der Opfer und ihres Umfeldes (z.B. durch die Wortwahl des Bayerischen Innenministeriums: „Bereich der organisierten Kriminalität“, „Mauer des Schweigens“, „Döner-Morde“, „Mordkommission Bosphorus“), entschuldigen?
- 8.1. Wie wird die Staatsregierung die Opfer und ihre Angehörigen rehabilitieren und die Angehörigen für das durch bayerische Behörden erlittene Leid zu entschädigen versuchen?

Um Drucklegung wird gebeten.

Dr. Sepp Dürr